



**GesamtschülerInnen Vertretung
Bremen**

Schmidtstr. 10
28203 Bremen

**Pressemitteilung
Mit der Bitte um Veröffentlichung**

Ansprechpartner: Marc Castendiek

Telefon: [REDACTED]

E-Mail: presse@gsv-bremen.de

Internet: www.gsv-bremen.de

Bremen, den 26. Juni 2014

GSV-Parlament gegen Kürzungen im Bildungssektor

Schüler*innen - Parlament fordert außerdem mehr Mitsprache für Schüler*innen

Das Schüler*innen-Parlament, das höchste Beschlussgremium der GesamtSchüler*innenVertretung hat am 25. Juni eine Resolution beschlossen, die Bildungskürzungen und fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen anprangert. Die beschlossene Resolution soll der Bildungsdeputation auf der Sitzung am 26. Juni übergeben werden. Außerdem wird sie der Finanzsenatorin zu einem noch nicht bestimmten Termin überreicht werden.

Mit der Resolution richten sich die Delegierten aller Schüler*innen gegen das Fehlen von Lehrkräften und die aktuellen Kürzungen an den Hochschulen. Marc Castendiek, Vorstandsmitglied der GSV und Mitglied des Schüler*innen-Parlaments dazu: „An den Schulen ist die von der Behörde fest einkalkulierte demografische Rendite ausgeblieben. Das gesteht inzwischen selbst die Behördenspitze ein.“ Zum Wissenschaftsplan 2020 erklärt Castendiek weiter: „Diejenigen, die heute zur Schule gehen, werden die Opfer der aktuellen Pläne sein. Wieder wird auf Kosten der Schüler*innen in Bildung und Wissenschaft gekürzt. Dazu kommt, dass die Fachhochschule für Menschen, die das Abitur nicht erreichen, die einzige Möglichkeit eines Studiums darstellt. Bildung und Wissenschaft als Schwerpunkt des Koalitionsvertrags müssen gefördert, anstatt behindert werden.“

In der Resolution werden mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die GSV einerseits, für Schülervertretungen an Schulen andererseits gefordert. Castendiek erklärt dazu: „Unsere Möglichkeiten sind 2009 massiv beschnitten worden. Eine umfassende Schüler*innenvertretungsarbeit an Schulen ist aktuell nahezu unmöglich. Insbesondere wünschen wir uns basisdemokratische Organisationsformen an Schulen.“ Die Schüler*innen wollen bei Entscheidungen nicht nur im besten Fall zu fertigen Entwürfen angehört werden, sondern in der Entstehung mitentscheiden, sei es bei einer Schulleiterwahl, in der Schulkonferenz oder auf Landesebene als GSV. Schüler*innen wollen große Teile dessen, was sie betrifft, selbst verwalten können.

In einem weiteren Beschluss kritisiert die GSV außerdem die Abschlussprüfung zum Mittleren Schulabschluss, so wie sie nächstes Jahr in der Einführungsphase der Gymnasialen Oberstufe stattfinden soll. „Grundsätzlich steht hinter der Prüfung eine gute Idee, die wir unterstützen“, so Castendiek. „Allerdings verdient die Durchführung die Note 'ungenügend', da die Prüfung quasi nebenbei abgelegt werden soll.“ Eine Abschlussprüfung müsse allerdings vernünftig begleitet und ausgestaltet werden.

Weiterhin kritisiert das Schüler*innen-Parlament die Kürzungen an den Privatschulen. Vielmehr soll es Eltern und Schüler*innen möglich sein, das für sie beste Bildungskonzept kostenlos anzuwählen. Mit der jetzt erfolgten Kürzung wird dagegen die Zahl derjenigen, die diese Wahlfreiheit nicht besitzen, erhöht. Auf diese Weise drohe an den Privatschulen eine homogenere Schüler*innenschaft und eine Zwei-Klassen-Bildung. Statt an Bildung zu sparen, muss die Finanzierung sowohl öffentlicher als auch privater Schulen erhöht werden, um eine gute Bildung sicherzustellen.

Die Beschlüsse sollen zeigen, dass in der Bildungslandschaft immer noch extreme, teilweise strukturelle und kostengünstig zu behebende Missstände vorliegen, obwohl von Seiten der Bildungspolitik nur Erfolge, z. B. in Inklusion und Ganztagschulausbau betont werden. Eine gute Schule, so Castendiek, brauche aber „nicht nur vier Wände und ein Dach, sondern auch Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen, Schulsozialarbeit und zufriedene Schülerinnen und Schüler.“